

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktions-Adresse:
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Verlags-Adresse:
R. 22.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Riesa.

Nr. 168.

Montag, 23. Juli 1917, abends.

70. Jahrg.

Verlags-Adresse:
Riesa, R. 22.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Läger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalt Riesa: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 85 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für die Besetzung an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 am dreizehnten Monatsende (7 Silber) 20 Pf. Ortspreis 15 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Bemerkungsgebühren 20 Pf. Jede Zeile. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Sähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Verordnung betreffend die Obsternte 1917.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September — 4. November 1915 wird zur Regelung des Verkehrs mit Äpfeln, Birnen und Pflaumen folgendes angeordnet:

1. Die Abgabe von Äpfeln, Birnen und Pflaumen gegen Entgelt seitens der Erzeuger an Verbraucher überhaupt oder an solche Händler, welche nicht mit einem besonderen Ausweis der Landesstelle für Gemüse und Obst versehen sind, ist untersagt.
2. Die Verladung von Äpfeln, Birnen und Pflaumen mit der Bahn oder mit dem Schiff, auch als Erzeuger, oder mit der Post ist nur zulässig auf Grund eines von der Geschäftsabteilung der Landesstelle für Gemüse und Obst ausgefertigten Versandbescheines.
3. Es wird in jeder Amtshauptmannschaft mindestens eine Bezirks-Obstammelstelle errichtet. Diese Sammelstellen sind beauftragt und verpflichtet, sämtliche Äpfel, Birnen und Pflaumen, welche in dem Bezirk der betreffenden Sammelstellen erzeugt sind, aufzunehmen.
4. Sämtliche Erzeuger, Pächter oder sonstige Personen, die berechtigt sind, Obst der genannten Art zu ernten, einschl. Kommunalverbände und Gemeinden sind verpflichtet, ihr Obst, welches sie gegen eine Gegenleistung (Entgelt, Tausch oder dergleichen) abzugeben haben, ausschließlich an die in Nr. 3 erwähnten Sammelstellen ihres Bezirks in reichem, verlässlichem Zustande zu verkaufen. Dies gilt auch für die Verfertigung von Obst auf dem Baum oder von geschältem Obst.
5. Dem Verkauf an die Sammelstellen steht gleich die Abgabe des Obstes an eine Ortsammelstelle, welche in Gemeinden des Erzeugergebietes nach Anweisung der Landesstelle für Gemüse und Obst errichtet werden können.
6. Die Erzeuger (Pächter usw.) sind verpflichtet, für die Beförderung des von ihnen geernteten Obstes mindestens bis zur nächsten Ortsammelstelle zu sorgen.
7. Auf ein Zug gegen Abgabe des Obstes an die Bezirks-Obstammelstelle hat die Bezahlung des angelieferten Obstes zu erfolgen, und zwar zu den jeweils festgesetzten Erzeugerhöchstpreisen, sofern das Obst in reichem, verlässlichem Zustande angeliefert wird, andernfalls mit einem dem Minderwert entsprechenden Abzug. Die Verzinsung für den Kauf, die Beförderung und die Verpackung des Obstes von der Ortsammelstelle wird von der Landesstelle für Gemüse und Obst festgelegt.
8. Die Ablieferung des Obstes seitens der Bezirks-Obstammelstellen erfolgt lediglich an die von der Geschäftsabteilung der Landesstelle für Gemüse und Obst zu bestimmenden

Großverbraucher und an Kommunalverbände oder an die von den Kommunalverbänden zur Abnahme für diese bestimmten Großhändler oder Stellen. Die weitere Verteilung wird den Kommunalverbänden überlassen. Die von den Abnehmern (Fabriken, Großverbraucher und Kommunalverbänden) zu zahlenden Preise werden jeweils von der Landesstelle für Gemüse und Obst festgelegt, die sonstigen Lieferungsbedingungen von deren Geschäftsabteilung.

9. Die Regelung der Geschäftsführung der Sammelstellen wird der Geschäftsabteilung der Landesstelle für Gemüse und Obst übertragen. Diese ist berechtigt, eine Gebühr bis zu 1% des Erzeugerhöchstpreises der durch die Sammelstellen erfassten Mengen zu erheben.

10. Ausgenommen von dem Verkaufsverbot unter Nr. 1 ist in Gemeinden bis zu 3000 Einwohnern die Abgabe von Obst seitens der Erzeuger unmittelbar an der Erzeugungsstelle an die Einwohner der betr. Gemeinde in Mengen von nicht mehr als 1 Pfund für die Person und den Tag der Ernte zum Selbstverbrauch. Jedoch ist diese Abgabe beschränkt auf die Stunden von 6 bis 8 Uhr vormittags, und nur zulässig für den Erzeugerhöchstpreis.

Die Landesstelle für Gemüse und Obst ist befugt, für einzelne Bezirke und Gemeinden andere Verkaufsstunden festzusetzen.

11. Wer diesen sowie den von der Landesstelle für Gemüse und Obst in Ausführung dieser Verordnung erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt, wird nach Maßgabe des § 17 der Verordnung des Bundesrats über die Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September — 4. November 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft, sofern nicht eine höhere Strafe nach anderen Vorschriften verhängt ist.

12. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung wird noch festgelegt.

Dresden, am 20. Juli 1917.

Ministerium des Innern.

569 LGO

3441

Bei uns ist die Heberolle über die auf das Jahr 1916 zur Erhebung kommenden Beiträge zur Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und zum Ausschuss für Gartenbau beim Landeskulturrat eingegangen.

Wir legen diese von Dienstag, den 21. ds. Mts. an, auf zwei Wochen zur Einsicht der Beteiligten in unserer Steuerkasse aus.

Die Beiträge lassen wir durch Boten gegen Quittung einholen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 23. Juli 1917.

Das feindliche Ausland zur Kanzlerrede.

Eröffneten Stellen die englischen, französischen und italienischen Blätter fest, daß der „verrückte Militarismus“ nach die überwiegende Macht im deutschen Reich habe und daß der neue Kanzler nicht ermannet sei, um Frieden zu machen, sondern um den Krieg fortzusetzen. In England wird diese Behauptung wie immer mit dem wilden Geschrei verbunden, nur erit recht alle Kräfte der Alliierten zusammenschließen, um Deutschland zu Boden zu schlagen. Den Gwies, der englischen Kriegsmacht hat der Minister Garton mit der wahnwitzigen Forderung erliegen, keine Friedensverhandlungen zu beginnen, bevor nicht die deutschen Truppen über den Rhein zurückgenommen seien. In Frankreich und in Italien, wo die Kriegsmüdigkeit offenbar hoch gestiegen ist, gibt man zwar gleichfalls der Unterstützung über den Verlauf der deutschen Krisis offenen Ausdruck, läßt aber doch die Hoffnung durchdringen, wie leicht sei der Augenblick der Wiederherstellung des Gleichgewichts nicht mehr fern.

In dem feindlichen Auslandscho auf die Kanzlerrede sehen freilich auch nicht ganz die Stimmen der Vernunft, sie sind aber durchaus vereint. Der „Manchester Guardian“ beispielsweise betont, daß die Kanzlerrede an die Friedensresolution der Mehrheit ansetze und daß niemand Verwahrung dagegen einlegen könne, wenn Deutschland als sein Kriegsziel die Selbstverteidigung und die Unantastbarkeit deutschen Gebietes aufstelle. Auch der „Daily Telegraph“ widerspricht der englischen Deutung, die Kanzlerrede sei als Zustimmung zu den alldeutschen Forderungen anzusehen; Bestimmung Hollands sei gestützt worden, weil seine Vergangenheit ihn für die Annahme eines gestützten Friedens ungeeignet mache. Indessen verweisen sie auch diese vernünftigeren Zeitungsstimmen nur zu der Forderung, die Entente solle jetzt bekannt geben, zu welchen Bedingungen der Auslandsfrieden möglich wäre, damit Deutschland ersehen könne, ob es diese Bedingungen annehmen könne oder nicht.

Das Echo, welches die Friedensresolution der deutschen Mehrheitspartei und des Reichskanzlers Rede ausgelöst hat, deutet also keineswegs auf baldige Friedensnegotiationen der feindlichen Regierungen an. Darüber ist aber in Deutschland niemand enttäuscht. Alle Redner der Mehrheitspartei im Reichstag haben vielmehr ausdrücklich in der Sitzung vom 19. Juli schon festgestellt, daß sie kein sofortiges Einlenken der feindlichen Regierung, wohl aber eine Steigerung der Kriegsmüdigkeit der Massen in den feindlichen Staaten erwarten. Das will natürlich keine Zeit haben. Inzwischen arbeiten unsere treulichen Alliierten, die im Monat Juni mehr als eine Million Tonnen Schiffsraum verdient haben, und unsere Heere an der Ostfront, die die russischen Fronten durchbrechen, auf das gleiche Ziel hin. Die Friedensgesellschaft der Feinde zu erlangen.

Ein Vorschlag der englischen Friedenspartei.

Die unter der Leitung der Abgeordneten John Burns, Ramsay MacDonald, Kordon und Bonar Law stehende englische Friedenspartei veröffentlicht das folgende Friedensprogramm auf Grund dessen sie an die Möglichkeit eines baldigen und alle Teile betreffenden Friedens glaubt. Das Programm ist dem Ministerium Lloyd Georges mitgeteilt und enthält die folgenden Hauptpunkte: 1. Belgien wird als unabhängiger Staat wieder hergestellt. 2. Das Gleiche gilt von Serbien, Montenegro, Rumänien. 3. Polen wird ein völlig unabhängiger Staat. 4. Belgisch

Flach-Bohringen und des Trentinos und der übrigen fruchtigen Länder ist eine Volksabstimmung einzuleiten. 5. Die deutschen Kolonien sollen Deutschland zurückgegeben werden. 6. Oesterreich-Ungarn genötigt allen seinen Rationalitäten Autonomie. 7. Nach dem Kriege darf es keinen wirtschaftlichen Boykott geben, und alle überseeschen Kolonien müssen völlige Handelsfreiheit haben. 8. Jede Kriegsschuldung entfällt. Alle Kriegsverbrecher haben jedoch die nötigen Bestimmungen gemeinsam aufzubringen, um den Wiederaufbau derjenigen Gebiete zu besorgen, die durch den Krieg am meisten gelitten haben.

Lloyd George äußert sich zur Rede des Reichskanzlers.

Aus London wird gemeldet: Inoffiziell des Gedächtnistages der belgischen Unabhängigkeit hat Lloyd George in der Queen's Hall eine Rede über die Kriegslage im Anschluß an und im Zusammenhang mit der ersten Rede des neuen deutschen Reichskanzlers gehalten. Nach einer Einführung an Belgien, wobei er sagte, daß Belgien nach Friedensschluß größer sein werde, als es je gewesen ist, kam Lloyd George auf die Reichstagsrede des Kanzlers zu sprechen. Welche Hoffnung, so fragt er, liegt in der Rede des Kanzlers für den Frieden: Ist meine für einen ehrenvollen Frieden, der den einzig möglichen Weg darstellt. Es ist eine geschickte Rede, die allen Richtungen Rechnung trägt. Es sind Stellen darin, für diejenigen, welche ernstlich nach einem Frieden verlangen, und es gibt Abschnitte darin, die von der Militärpartei unterföhrt werden können, das sind die Worte über die Garantien und die Sicherstellung der deutschen Grenzen. Sie enthält auch Ausführungen, welche der Richtung mit demokratischen Idealen angenehm sein mußten. Der Reichskanzler will Männer aus dem Reichstage berufen, damit sie mit der Regierung zusammenarbeiten. Ja, sie werden Männer aus dem Reichstag zu den Ministern berufen, aber sie werden nicht Minister, sondern Schreiber sein. Die Rede ist die eines Mannes, der den Verlauf der strategischen Ereignisse abwartet. Dies mögen sich die Alliierten, Rußland, England, Frankreich und Italien, alles vor Augen halten. Augenblicklich beweist die Rede, daß die Militärpartei in Deutschland gefestigt hat! Ich will einer anderen Form die Erklärungen, die ich schon früher abgegeben habe, noch einmal wiederholen: Es steht dem deutschen Volke vollkommen frei, für sich diejenige Regierungsform zu wählen, die ihr als die beste erscheint, aber unsere Sache ist es, zu bestimmen, mit welcher Art von Regierung wir Frieden schließen wollen. (Beifall.) Die Demokratie findet in der Rede nicht die Garantien für den Frieden, die sie wünscht, und wenn diese in Deutschland nicht zu finden sein sollten, dann müssen wir uns andere Bürgschaften an deren Stelle verschaffen. Nach meiner Meinung beweist die Rede des deutschen Kanzlers, daß die, welche Deutschlands Führung in der Hand haben, augenblicklich den Krieg noch fortsetzen wollen. Es ist in dieser Rede auch nichts enthalten, woraus man irgendwelche Hoffnung für Belgien schöpfen könnte. Dieses Land wird in den Ausführungen des Kanzlers nicht einmal erwähnt. Es wird gesagt, daß Deutschland seine Grenzen sichern, daß es Plog und Straßburg behalten und daß es die Kontrolle über Lüttich und Brüssel haben müsse. Das klingt nicht angenehm. Das ist kein gutes Vorzeichen für Belgien. Deutschland glaubt, durch

eine solche Kontrolle keine wirtschaftlichen Interessen sichern zu müssen. Dieses aber bedeutet, daß selbst, wenn die Deutschen Belgien wieder herstellen, diese Wiederverherstellung eine Schande sein wird. Es ist der feste Wille der Alliierten, daß Belgien als freies und unabhängiges Land wieder hergestellt wird. (Lebhafte Beifall.) Belgien darf kein Protektorat von Deutschland werden. Wir wollen kein Belgien haben, das durch das deutsche Schwert in Stücke geschlagen ist. (Beifall.) Das Schwert muß belgisch, die Erde muß belgisch und die Sprache muß belgisch sein. Ich habe die Rede des Reichskanzlers gelesen und, wie es meine Pflicht war, las ich sie ein, zwei und dreimal, um darin etwas zu finden, worauf wir unsere Hoffnung auf das Ende dieses blutigen Ringens gründen könnten. Ich habe darin nichts gefunden, was für die Unabhängigkeit Belgiens, für die Demokratisierung Deutschlands und für den Frieden Europas spräche. Ich sage, daß Europa mit Millionen seiner tapferen Söhne geopfert hat, damit auf dem durch ihr Blut geweihten Boden ein Heiligtum von lauter Schein errichtet wird. (Beifall.)

Der Kanzler sucht sein Volk zu ermutigen. Die U-Boote sollen England kampfunfähig machen. Wenn der U-Bootangriff können wir nach dem deutschen Kanzler nicht mehr viel länger aushalten. Nun ist bedauerlich, ihm eine Enttäuschung bereiten zu müssen. Obgleich unsere Befürchtungen für diese Sommermonate groß waren, haben wir unsere Verluste langsam vermindert. Obgleich wir erst drei Wochen des Monats Juli hinter uns haben, so finden wir, wenn wir sie mit den entsprechenden drei Aprilwochen vergleichen, daß wir nicht halb soviel Schiffe verloren haben, wie im April. Unser Schiffbau ist während der letzten zwei Jahre in vorzüglicher Weise herangewachsen. Aber dieses Jahr werden wir viermal soviel Schiffe fertigstellen, als voriges Jahr. In den beiden letzten Monaten dieses Jahres werden wir soviel Schiffe fertigstellen, wie in den ganzen 12 Monaten des letzten Jahres. Die verminderten Verluste und die vermehrte Erzeugung werden die Lücke ausfüllen. Weit entfernt, daß wir verunglückt sind, unsere Lebensmittelvorräte für 1917/18 bereits gesichert, natürlich bei gehöriger Sparsamkeit. Die Versorgung ist gesichert auf der Grundlage des gegenwärtigen Verbrauchs, der nicht gesteigert werden darf. Wir haben unsere Einfuhr sehr wesentlich um mehrere Millionen Tonnen eingeschränkt. Das Volk unseres Landes hat bisher noch nicht Entbehrungen gegenübergestanden, die mit den von der deutschen Bevölkerung seit fast zwei Jahren erduldeten verglichen werden könnten. Und glauben Sie wirklich, daß das deutsche Volk weniger fähig ist, Opfer für seine freien Entscheidungen zu bringen.

Aber, sagt Michaelis, Amerika hat keine Armee, und wenn es eine hätte, so hätte es keine Schiffe, sie über das Meer zu schaffen. Er kennt Amerika gerade so wenig, wie die Deutschen England kennen, und sie verfallen genau in denselben Fehler, betreffend Amerika, in den sie hinsichtlich Großbritanniens verfallen sind.

Das Ziel wird täglich klarer. Eine große deutsche Heilung hat kürzlich gesagt, daß die Deutschen für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes kämpfen. Das ist niemals wahr gewesen! Wir ziehen ein freies Deutschland vor. Wir könnten mit einem freien Deutschland Frieden schließen. Aber mit einem von der Autokratie beherrschten Deutschland können wir unter keiner Bedingung Frieden schließen. Als sie gegen die vielleicht vorzunehmende